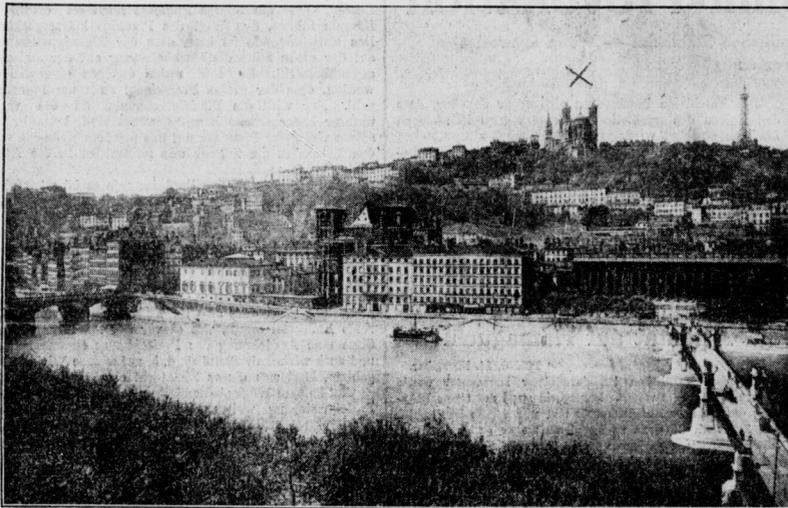


Volks-Zeitung

Fleisch für alle Minderbemittelten? Attentat auf Japans Premier

Der Erdrutsch in Lyon



Die Bewohner flüchten in die hochgelegene Kathedrale(X); der Pfeil zeigt die Unglücksstelle

Schornstein wird erhöht



Schnellmontage einer Fabrik-Esse

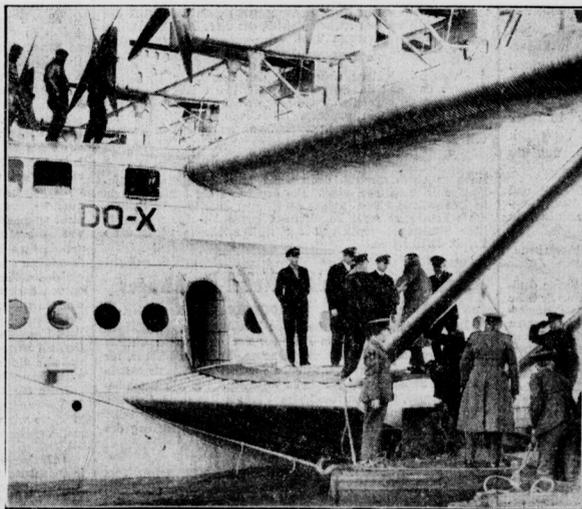
Johannes Kepler

Flugschiff „Do X“ in England

Die Sechstage-Sieger



Morgen ist der 300. Todestag
des grossen Astronomen



Der Prinz von Wales begibt sich an Bord



Rausch-Hürten und ihr Manager
Pierre Viel

Frischfleisch für alle Minderbemittelten?

Beschluss der Ausschuss-Mehrheit / „Finanziell undurchführbar“

Im Haushaltsausschuss des Reichstags wurde heute unter Ablehnung der anderen zur Frage der Fleischversorgung der Minderbemittelten gestellten Anträge ein kommunistischer Antrag angenommen, der die Reichsregierung auffordert, für die minderbemittelte Bevölkerung verbilligtes Frischfleisch bereitzustellen, das unter keinen Umständen teurer als das bisherige zollfreie Gefrierfleisch sein dürfe. In den Kreis der Bezüher sollen alle Erwerbslosen, Sozial- und Kleinentrenter und Fürsorgeberechtigten einbezogen werden. Für diesen Antrag stimmten mit den Kommunisten die Sozialdemokraten, die Nationalsozialisten, die Landvolkpartei und die Christlichsozialen, dagegen das Zentrum, die Deutsche Volkspartei und die Wirtschaftspartei, während sich die Deutschnationalen der Stimme enthielten.

Vor der Abstimmung über die Anträge gab Reichsfinanzminister Dietrich eine Erklärung ab, wonach das Finanzministerium keine Möglichkeit sehe, die erheblichen neuen Geldmittel aufzubringen, die die Durchführung einzelner dieser Anträge zur Voraussetzung hat. Das Finanzministerium könne nicht einen

Pfennig mehr bewilligen, als in der Vorlage des Reichsernährungsministeriums vorgesehen sei. Er warte den Ausschuss, Ausgaben einzusetzen, für die keine Deckung vorhanden sei.

Die ursprüngliche Forderung des Reichsernährungsministeriums für die Verbilligung von Gefrierfleisch hätte, auf das zweite Etatsjahr berechnet, rund 10 Millionen Mark, für die vier vom 1. Dezember ab verbleibenden Monate bis zum neuen Etatsjahr aber rund 6½ Millionen Mark gekostet. Der Beschluss der Mehrheit würde nach den Berechnungen des Reichsfinanzministeriums rund 640 Millionen Mark kosten. Die Regierung wird nun vom Reichstag die Wiederbesetzung dieses Beschlusses des Haushaltsausschusses verlangen, der bei der gegenwärtigen Finanzlage nicht durchführbar ist. Dieses Wort „undurchführbar“ hat man leider nicht gehört, als das Reichsernährungsministerium mit seinen unerträglichen Marineauforderungen vor das Kabinett trat.

Die Regierung hätte sich diesem Beschluss einer zusammengeführten Ausschussmehrheit nicht ausgesetzt, wenn sie den Minderbemittelten das billige Gefrierfleisch gelassen hätte. Dietrich muss sich nun gegen die Folgen der Schieleischen Politik der agrarischen Absperrung Deutschlands vom Ausland wehren.

Pfennig-Abbau

Die Regierungsaktion, die uns niedrige, mit dem Einkommen der Arbeitnehmer in Einklang stehende Preise beschern soll, ist noch in vollem Gange. Es wäre unverantwortlich, obwohl ihre ersten Ergebnisse einigermaßen dürftig sind, Miessmacherei zu betreiben und so der Regierungsarbeit psychologisch den Boden zu entziehen. Wir sind vielmehr alle voller Hoffnung...

Wenn wir auch dem frohen Ereignis erschwinglicher Preise — erschwinglich vor allem für die, die die Krise zuerst und am schlimmsten getroffen hat — mit der Zuversicht entgegensehen, auf die die Zusagen und der gute Wille der Regierung einen Anspruch haben, so möchten wir doch nicht mit einigen kritischen Bemerkungen hinter dem Berge halten, weil sie im Interesse der Sache liegen.

Was bisher erreicht wurde, ist ein Pfennigabbau auf einem Teilgebiet der Wirtschaft. Den Marktbeträgen, um die die Löhne gesenkt wurden, stehen einseitig nur Pfennigbeträge gegenüber, um die der Wochenet der Hausfrau entlastet ist.

Man hat nun in diesen Tagen aus dem grossen Sprichwortschatz unseres Volkes biedermännisch und treuherzig die bekannte Mahnung hervorgeholt: „Wer den Pfennig nicht ehrt...“ War es wirklich nötig, den Leuten, die um einige Pfennige Lohn oft erbitterte Kämpfe führen, den Wert des Pfennigs klarzumachen? Das Entscheidende ist hier, dass der Pfennigentlastung auf der einen Seite die Markbelastung auf der anderen gegenübersteht. Es soll nichts dagegen eingewendet werden, dass der grosse Preiskampf auch um Pfennige geht. Nur wird die Pfenniggrechnung, an die viele unserer Leser gewiss längst gewöhnt sind, beim Preisabbau viel mehr Eindruck auf uns machen, wenn sie von den Einern in die Zehner und schliesslich in die Hunderter geht.

Das ist keine unbillige Forderung, ja es ist sogar eine Notwendigkeit, dass dieses Ziel erreicht wird. Es gilt nicht nur, den Metallarbeitern für die Lohnverknüpfung einen vollen Ausgleich zu bieten; auch zahlreiche andere Arbeitnehmergruppen, deren Gehälter und Löhne vermindert wurden, verlangen mit Recht, dass zwischen Einkommen und Warenpreis mindestens die alte, vor der Verknüpfung ihrer Bezüge vorhandene Parität wiederhergestellt wird, dass also ihr Einkommen wieder soviel reale Kaufkraft erhält, wie es vor der Minderung hatte. Ohne eine Ausdehnung des Preisabbaues summenmässig und auch wirtschaftsräumlich, d. h. auf andere Wirtschaftsgebiete, lässt sich dieses Ziel nicht erreichen.

Auf halbem Wege stehenbleiben, würde vor allem eine Proletarisierung weiter Angestelltenkreise bedeuten mit all ihren schlimmen sozialen und politischen Folgen. Die Krise kann nur überwunden werden, wenn die Kaufkraft, da ja der grösste Teil der Produktion auf den Inlandmarkt angewiesen ist, nicht nur erhalten wird, sondern wächst. Das heisst, der Preisabbau muss über den Lohnabbau hinausgehen. Nur dann ist die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen.

Kapitän der „Baden“ berichtet über die Beschliessung des Dampfers

HAMBURG, 14. November. In einem vom 27. Oktober datierten Privatbrief des Kapitän Roin über die Beschliessung des Hapagdampfers „Baden“ in der Bucht von Rio de Janeiro heisst es: „Gegen 5 Uhr nachmittags waren wir mit dem Löschen der Ladung fertig. Unsere zum Auslaufen erforderlichen Papiere hatten wir schon um 3 Uhr an Bord. Ich bestand aber darauf, dass man mir eine von Hafenkapitän ausgestellte Erlaubnis besorge, damit ich keine Schwierigkeiten beim Auslaufen hätte. Ich bekam auch die Extraerlaubnis in aller Form ausgestellt und fuhr nun um 5 Uhr nachmittags aus dem Hafen, mit allen Flaggen in den Toppen, grüsst alle Forts und Kriegsfahrzeuge beim Passieren, und unser Gruss wurde von allen Seiten erwidert. Beim Passieren des Forts St. Cruz, das bei der Einfahrt zum Hafen liegt, war kein Signal für uns gegeben, und so dampften wir weiter, nichts Böses mehr erwartend. Als wir so etwa zehn Minuten weitergefahren waren, hörten wir eine Detonation und nach weiteren fünf Minuten wieder eine solche. Wir konnten nicht ausmachen, aus welcher Richtung der Schall kam, und es war auch nirgends eine Rauchwolke sichtbar. So nahmen wir an, dass es Salutschüsse seien, und dass man die siegreiche Revolution feiere. Als wir etwa vier Seemeilen von der Hafeneinfahrt entfernt waren und gerade ein letztes Fort beobachteten, ob von dort vielleicht etwas für uns signalisiert würde, erfolgte eine furchtbare Erschütterung im Schiff. Wir hatten einen Volltreffer in den Hintermast bekommen, der den Mast über Bord riss. Durch die Granatplitter einer 24 bis 28-Zentimeter-Granate wurden die Menschen, die auf dem Hinterdeck standen und sich die Landschaft ansahen, niedergemäht. Das Hinterdeck gieng dem Schiffe. 26 Tote! Einigen waren der Kopf und andere die Beine glatt abgerissen. Weiter landeten wir da etwa 35 Verwundete. Ich drehte sofort um und lief in den Hafen zurück, wo wir wieder an den Kai gingen und nachts unsere Toten und Verwundeten landeten.“

Oldenburgs neue Regierung. In der heutigen Landtagsitzung in Oldenburg wurde der Kandidat des Landesblocks (Vereinigte Fraktion der Neutonationalen und Volkspartei) Regierungspräsident Casseboom-Eutin mit 22 von 35 Stimmen zum Ministerpräsidenten gewählt. Bei der Wahl der neuen Minister wurden 42 Stimmen abgegeben, davon erhielt der Zentrumsmann Dr. Driever 22, der Finanzminister Dr. Willers (der Volkspartei nahestehend) 24 Stimmen.

Unerhörte Mussolini-Provokation

Er sympathisiert mit dem verfassungsfeindlichen Stahlhelm — Wann antwortet die Reichsregierung?

ROM, 14. November.

Der Leiter der italienischen Regierung, Ministerpräsident Mussolini, hat sich gestern eine unglaubliche Provokation des deutschen Volkes und seiner Regierung herausgenommen.

Er hat in einem der Prunksäle des Palazzo Venezia die sich gegenwärtig in Rom aufhaltende Stahlhelmgrenade empfangen, nachdem diese sich durch Niederlegung eines mit schwarzweissen Farben geschmückten Kranzes an dem italienischen Nationaldenkmal und durch ihr ganzes Auftreten während ihres römischen Aufenthaltes

offen als Feinde der deutschen Verfassung bekannt hatte.

Der Stahlhelmführer Dr. Heimke hat in seiner Ansprache an den Duce erklärt, auf dem Grundstein der faschistischen Idee und der gemeinsamen Ideale ruht die Freundschaft zwischen dem faschistischen Italien und dem nationalsozialistischen Deutschland. Die Gleichheit ihrer Ideale und ihres Schicksals weise bei den Völkern die gleiche Entwicklung und ein paralleles Vorgehen.

Das Verhalten des Duce und das Auftreten der Stahlhelmgrenade ist nicht nur von allen Deutschen in Rom, die sich zu der gegenwärtigen Verfassung bekennen, sondern auch von allen ausländischen politischen, und selbst italienischen Kreisen, als ein neuer herausfordernder Schlag gegen das demokratische Deutschland und die Reichsregierung

empfohlen worden. Der Faschismus, der so empfindlich gegen jeden ausserpolitischen Eingriff in inneritalienische Angelegenheiten ist, lässt sich nun erneut durch die Person seines Duce zu solchen Kundgebungen hinreissen.

Die Faschisten beschwerten sich sogar darüber, dass den Opfern des faschistischen Terrors Asyl in anderen Ländern gewährt wird. Ihr Führer aber sympathisiert offen mit Führern einer Bewegung, die einen Staat bekämpft, mit dem Italien in normalen Beziehungen steht. Es muss gefordert werden, dass die deutsche Regierung zu solcher Provokation nicht schweigt, die unendlich schwerer wiegt, als wenn in Prag Rowdys randalieren. — Das Verhalten des Stahlhelms haben wir in seiner Würdebereitschaft bereits gekennzeichnet. Der Stahlhelm spricht von der „Gleichheit des Schicksals“ für Deutschland und Italien. Die famose Vertragstreue Italiens 1914 und 1915 scheint dem Gedächtnis der Stahlhelmer entfallen zu sein.

Attentat auf Hamaguchi

TOKIO, 14. November.

Auf den japanischen Premierminister Hamaguchi wurde gestern ein Attentat verübt. Hamaguchi stand auf einem Bahnsteig des Tokioter Hauptbahnhofs und war gerade im Begriff, den Zug nach Okayama zu besteigen, wo er an den grossen Jahresmanövern teilnehmen wollte, als ein Schuss auf ihn abgefeuert wurde. Die Kugel drang dem Premierminister in den Unterleib. Der Täter, ein 23jähriger junger Mann namens Tomeo Sagoya, welcher der nationalistisch-reaktionären Organisation Aikokusha angehört, wurde verhaftet. Nach Aussage des Arztes ist der Zustand Hamaguchis nicht besorgniserregend.

Friedensmehrheit in der Kammer

PARIS, 14. November.

Die Kammer hat morgens 4 Uhr mit 323 gegen 270 Stimmen die von der Regierung angenommene Tagesordnung Odin und Pic (Radikale Linke) angenommen und damit der Regierung ihr Vertrauen ausgesprochen. Diese Tagesordnung hatte folgenden Wortlaut: „Die Kammer vertritt darauf, dass die Regierung in ihrer Politik fortfährt, welche die Achtung vor den Verträgen gewährleistet und die Sicherheit des Landes und die Organe des Friedens sichert.“

Die vorhergehende Debatte waren die Reden Briands und Tardieus die Höhepunkte. Briand von grossem Beifall begrüsst, erklärte, der beste Dienst, den ein Ausseminister in ersten Zeiten seinem Lande leisten könne, sei die besonnene und kaltblütige Haltung gegenüber Ausbrüchen der Nervosität.

Briand gibt zu, dass er über gewisse Artikel und Reden deutscher Politiker verwundert und enttäuscht gewesen sei. Er habe stets gesagt, dass die Politik des Friedens noch viele Hindernisse zu überwinden habe, aber diese Hindernisse erschreckten ihn nicht, sie seien nur ein Grund mehr, die Politik des Friedens mit immer grösserer Energie fortzusetzen. „Wen ich alles überdenke, sage ich auch heute, was ich immer gesagt habe: Wir müssen den Frieden zwischen Frankreich und Deutschland schaffen!“ (Beifall links.) Franklin-Bouillon und Marin haben vergessen, dass Deutschland ein Volk von 60 Millionen besitzt, arbeitsam, diszipliniert, intelligent und tapfer. Mit einem solchen Volk gute Beziehungen zu unterhalten, sei für jedes andere Volk nützlich, besonders für Frankreich. Marin spreche von dem Vertrag von Versailles, als ob es in ihm nur günstige Klauseln für Frankreich gebe. Es gäbe aber auch andere Klauseln, welche von der Gegenpartei für ihre Interessen ausgenutzt werden können, wie zum Beispiel den Artikel 19. Frankreich setze sich ins Unrecht, wenn es das Recht auf einen vom Vertrag genehmigten Versuch bestreite. Briand spricht von dem

Wahnsinn, nach diesem furchtbaren Kriege von einer neuen Kriegsgefahr auch nur zu sprechen.

In jedem Falle müsse die Kammer sagen, ob sie die Politik des Friedens will und den Ausseminister, der diese Politik vertreten hat und weiter vertreten wird.

ergriff Tardieu das Wort.

Als vorsichtiger Mann sicherte er den Erfolg der Regierung dadurch, dass er sich zunächst vorbehielt zu Briand und seiner Friedenspolitik bekannte. Dann ging er auf die Differenzen mit Deutschland ein, in gleichem Sinne wie Briand, aber mit schärferen Formulierungen. Deutschland betrachte den Vertrag von Versailles als eine

Revision am laufenden Band

Habe es etwas erreicht, dann wolle es schon ein neues Zugeständnis erbitten sehen. Die Ereignisse der letzten Monate in Deutschland gäben Anlass zu Sorgen, aber gerade deshalb dürfe Frankreich seine Politik nicht ändern. — Die wirtschaftliche Situation Europas und der Welt mache es nötig, diese Politik fortzusetzen.

Deutscher Chemiker Nobel-Preisträger

STOCKHOLM, 14. November.

Die Akademie der Wissenschaften beschloss, den diesjährigen Nobelpreis für Chemie dem Professor der organischen Chemie an der Technischen Hochschule München, Dr. Hans Fischer, für seine Arbeiten über die Konstitution der Blut- und Blattfarbstoffe und seine Synthese vom Hämin zu verleihen. Die Akademie beschloss ferner, Sir Chandrasekhara Venkata Raman in Kalkutta den diesjährigen Nobelpreis für Physik zu verleihen, für seine Arbeiten über die Diffusion des Lichts und die Entdeckung des nach ihm benannten Effekts.

Der im 46. Lebensjahr stehende Münchener Chemiker, Professor Hans Fischer, der an der dortigen Technischen Hochschule unterrichtet, hat einen im Steinkohlenteer vorkommenden Stoff, das Döryl, auf kompliziertem Wege in künstlichen Blutfarbstoff, Hämin, umgewandelt.

